

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 08/54. Jahrgang

August 2023

Schutzgebühr: 0,40 €

Stadtwerke, Wohnbau: Millionengewinne auf Kosten der Bürger

Die zu 100% der Stadt Gießen gehörenden Firmen Stadtwerke (SWG AG) und Wohnbau GmbH haben ihre Bilanzen für das Jahr 2022 vorgelegt. Die Stadtwerke weisen einen Gewinn von 8,4 Mio. Euro aus, 2,5 Mio. davon sollen an die Stadtkasse abgegeben werden. Die Wohnbau verbucht einen Gewinn von 3 Mio. Euro. Aufgabe städtischer Betriebe sollte es eigentlich sein, ihre Dienste den Bürgern günstig anzubieten. Kostendeckung oder ein leichter Überschuss wären gut, hohe Profite aber gehen zu Lasten der Kunden bzw. Mieter. Auch im Jahr davor haben die Stadtwerke hohe Gewinne erzielt und davon 2,5 Mio. Euro an die Stadt abgeführt.



Die Stadtverordnete Martina Lennartz (DKP) hatte im Stadtparlament beantragt, dieses Geld für einen Härtefallfonds zu verwenden. In Not geratene Kunden, die wegen

der Inflation die hohen Preise für Strom, Gas und Wärme nicht mehr voll bezahlen können, hätten daraus entlastet werden können. Die Koalition aus Grünen, SPD und Gießener Linken (ohne DKP) war aber nur bereit, 120.000 Euro zur Verfügung zu stellen. Zur Vergabe der Zuschüsse wurde eine Kommission eingesetzt, die Vergaberichtlinien erarbeiten soll. Trotz akuter Geldnot vieler Gießener wurde noch kein Euro ausgezahlt, die Stromsperrungen gehen weiter.

In ihrem Wahlprogramm hatte die Gießener Linke noch ein Ende der Profitorientierung der kommunalen Betriebe versprochen.

Gernot Linhart

Kurz und Gießen – Kall, mei Drobbe!!! Parkgebühren, Härtefallfonds, Null-Eintritt in Gießener Schwimmbad S. 3
Direktkandidat zur Landtagswahl S. 4
Gewerkschaften in die Offensive S. 5
Frieden muss wieder das wichtigste Ziel werden; **Kliniken** - Reform oder Kahlschlag S. 6
BRICS als mögliche Alternative zum westlichen Imperialismus S. 7

Eritrea: kein „Schurkenstaat“, sondern das „Kuba Afrikas“

Das Eritrea-Festival hat stattgefunden. Wie in den vergangenen Jahren feierten Eritreer aus ganz Deutschland zusammen mit ihren Freunden – auch ich war wieder dabei. Bis zuletzt hatte Gießen dies zu verhindern gesucht, aber in letzter Minute entschied das OLG gegen den Gießener Magistrat, verbunden mit einer deutlichen Kritik.

Das Festival konnte relativ ungestört stattfinden, aber die vorwie-

gend aus dem Ausland eingereisten, hasserfüllten Schläger lieferten sich mit der Polizei stundenlange Straßenschlachten und nahmen die Gießener Bevölkerung quasi in Geiselhaft: Straßensperrungen von frühmorgens bis zum Abend, Busverkehr eingestellt.

26 Polizisten mussten im Krankenhaus behandelt werden, mehr

Fortsetzung auf S. 2

Für Frieden und Sozialismus! DKP

Fortsetzung von Seite 1: **Eritrea: kein „Schurkenstaat“, sondern das „Kuba Afrikas“**

als 100 Gewalttäter wurden verhaftet (und wieder freigelassen), gegen sie laufen Ermittlungen, u. a. wegen Landfriedensbruch. Gegen die Schläger gleichen Kalibers vom August letzten Jahres, die mit Eisenstangen auf Polizei und Konzertbesucher losgegangen waren, wird übrigens auch noch „ermittelt“ (bei Klimaklebern ist die Justiz da schneller).

Im Nachhinein stellen sich Fragen: Hätte man diesem Pöbel nicht effektiver und schneller begegnen können? Hätten mehr als 1.000 Polizisten, einschließlich Wasserwerfer, Hubschrauber und Reiter-

staffel, diese ca. 250 „Demonstranten“ nicht aus dem Verkehr ziehen können, ohne eine solche Beeinträchtigung der Gießener Bevölkerung? Oder war dies genau das Kalkül der Einsatzleitung?

So richtet sich die Empörung gegen die feiernden Eritreer, die nun wirklich nichts dafür können, statt gegen die randalierenden Verursacher der Einschränkungen. Und der Magistrat sinniert „betroffen“: So ein Festival dürfte es nicht nochmal geben. Und alle ziehen über die „brutale Diktatur“ her, ohne sich gründlich informiert zu haben oder jemals in Eritrea gewesen zu sein.

Eritrea ist ein armes Land, es hat sich in einem langen Krieg die Unabhängigkeit erkämpft und baut seine Gesellschaft zum größtmög-

lichen Nutzen der Einwohner aus, ohne Einmischung „des Westens“ zu dulden. Es hat – vor allem im Vergleich mit anderen afrikanischen Ländern – ein vorbildliches Sozial-, Bildungs- und Gesundheitswesen, die Infrastruktur wird planmäßig verbessert, Frauen sind gleichberechtigt und die Beschneidung von Mädchen ist streng verboten. Das alles wird nicht bestritten. Aber es heißt: Es gibt keine Meinungsfreiheit. Als ich vor ein paar Jahren Eritrea besuchte, lief in den Gaststätten überall der Fernseher (leider), aber nicht etwa zur „Indoktrination“; es liefen BBC und CNN.

Der frühere BRD-Botschafter in Eritrea hat es so auf den Punkt gebracht: Eritrea ist das Kuba Afrikas.

Erika Beltz

Zensur bei der Gießener Zeitung

Ihr Hausrecht will die Gießener Zeitung (GZ) durchsetzen, sagt die Redaktion. Sie hatte nach eigenen Angaben beschlossen, dass alle Online-Artikel zum Eritrea-Festival gestrichen werden. Alle war-



Eritrea: kein „Schurkenstaat“, sondern das „Kuba Afrikas“

Erika Beltz - 13. Juli 2023

Das Eritrea-Festival hat stattgefunden. Wie in den vergangenen Jahren feierten Eritreer aus ganz Deutschland zusammen mit ihren Freunden - auch ich war wieder dabei...

en in diesem Fall ein einziger Online-Artikel von Erika Beltz. Der seit Jahrzehnten aktiven Autorin wurde zudem gleich noch der Account geschlossen. Offensichtlich will die Redaktion nicht, dass jemand die Wahrheit schreibt. Die Wahrheit ist, dass viele gewalttätige eritreische Regierungsgegner friedliche Festivalteilnehmer und die Polizei in Atem gehalten haben. Letztes Jahr befürwortete der Grüne Stadtverordnete Grothe dieses Vorgehen und beförderte damit womöglich die Gewalttätigkeiten. Die zweite Wahrheit, die zurückgehalten werden soll: Eritrea ist ein Land, das auf dem Weg ist, sich vom Kapitalismus

abzuwenden. Es wendet sich gegen die bei uns gängige neoliberale US-Gefolgschaft. Für die neoliberale Baerbock- und Habeck-Fraktion der Grünen ist das ein Gräuel! Und offenbar gilt das auch für die GZ, die sich nicht entblödet, ihren Lesern das Denken zu verbieten und das Grundgesetz zu brechen:

Artikel 5, Abs. 1 GG: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.“

Mario Berger

Abgeschrieben:

„Gewalt siegt

(...) Wer aber auf Provokationen mit Gewalt reagiert, darf auf gar keinen Fall belohnt werden, sonst gerät das Fundament unseres Rechtsstaates ins Rutschen. Womit wir zurück an der Lahn wären. Wenn nach den erneu-

ten Ausschreitungen während einer eritreischen Veranstaltung in den Hessenhallen von Nancy Faeser, Boris Rhein, Frank-Tilo Becher und Polizeigewerkschaftlern bis hin zur AfD das Verbot des Festivals gefordert wird, belohnt das die Gewalttäter. Und die Gewalt ging in diesem Jahr wie im Vorjahr eindeutig von den Regimegegnern aus. Wer

das um des lieben aber faulen Friedens Willen ignoriert, schafft damit einen gefährlichen Präzedenzfall, der andere Minderheiten ermutigt, ihre Interessen ebenfalls mit Gewalt durchzusetzen.“

Gießener Anzeiger

2.8.2023, Freigehege, Ingo Berghöfer

Kurz und Gießen

Kall,
mei Drobbe!



Herrgott gegen Parkgebühren

Die Gießener Stadtregierung hat nun die Parkgebühren auf Abzocke gestellt – auch sonntags und werktags bis 22 Uhr, nachdem sie die Parkgebühren zum Jahresbeginn bereits erhöht hatte (3 Euro pro Stunde). Das gefiel weder dem Gaststättenverband noch den Kirchen, die berechtigt protestierten und das vor der Landtagswahl. Und schon hob Verkehrsdezernent Wright die Sonntagsüberraschung auf. Wie wäre es, wenn alle Verkäufer/innen dieser Stadt, die auf ein Auto angewiesen sind, mal mit ver.di gemeinsam für preiswerten öffentlichen Nahverkehr in Stadt und Landkreis sowie für "Park and Ride sofort" auf die Straße gingen? Das gefiele auch den Gastwirten und dem Herrgott.

Never ending Härtefallfonds



An Michael Endes "Die unendliche Geschichte" wird man erinnert, wenn man sich ansieht, in welchem Tempo die Stadtverwaltung die Erstellung von Richtlinien für die Auszahlung nach dem Härtefallfonds für einkommensschwache Haushalte betreibt. Ein Ausschuss mit breiter Expertise wurde dafür einberufen, hat schon zweimal getagt, aber einen Entwurf gibt es immer noch nicht. Das nächste Treffen soll Ende September sein. Ob es in diesem Jahr noch zu Auszahlungen kommt, steht in den Sternen.



Langsam lassen der Magistrat und die Grüne Umweltdezernentin den Weg am Schwanenteich verfallen.

Null Eintritt, warum nicht in Gießen?



Die Organisatoren des Licher Waldschwimmbad e.V. sorgen während der gesamten Sommerferien für freien Eintritt für alle Kinder und Jugendliche

bis 16 Jahre. In Gießen müssen Kinder ab fünf Jahren 3,70 Euro für das Einzelticket bezahlen, mit einer Zehnerkarte immerhin noch 2,22 Euro pro Besuch. Für Familien mit knapper Kasse ein Unding.

Wie kam es zum Verkehrsversuch?

Der umstrittene Verkehrsversuch am Anlagering soll einige innerstädtische Radstrecken sicherer machen. Der Versuch ist nicht die Idee rot/grüner Kommunalpolitiker, sondern die Folge eines überparteilichen Bürgerbegehrens. Zu den Forderungen des Begehrens wäre es wahrscheinlich nie gekommen, wenn rechtzeitig auf beiden Seiten des Rings Radwege angelegt worden wären. In einem Radverkehrsentwicklungsplan wurde dieses längst vorgesehen, aber nie durchgeführt. G.L.

Sie lügen wie gedruckt.
Wir drucken, wie sie lügen.

Teste die beste
linke, überregionale Tageszeitung.

junge Welt

Drei Wochen gratis.

Probeabo muss nicht abbestellt werden, endet automatisch.

Wann gibt es mehr Sicherheit für Radfahrende?

„Radfahren ist in Gießen ja lebensgefährlich“ – das sagten häufig radfahrende Menschen schon vor 20 Jahren bis heute. Trotz einiger Fahrradstraßen und Schutzstreifen hat sich am Sicherheitsgefühl für Radfahrer und Radfahrerinnen nichts geändert. Grund dafür ist, dass es an den meisten Wegen in und durch die Stadt Strecken ohne jeden Schutz für Radfahrende gibt. Viele Autofahrer sind davon überzeugt, die Straße gehöre bis zu der Begrenzungslinie ihnen. Auf Schutz-

streifen neben Buslinien muss man damit rechnen, dass zwischen Ellenbogen und überholendem Bus nur Zentimeter Platz bleiben. Einige der Fahrradstraßen sind so schmal, dass ein Überholen durch Kraftfahrzeuge unter Einhaltung des vorgeschriebenen Abstandes von 1,5 Metern nicht möglich ist. Wer mit dem Rad nicht scharf rechts fährt, wird angehupt und mit wenigen Zentimetern Abstand überholt. Aufstellen von Schildern, die auf das Überholverbot hinweisen, ist

leider nicht zulässig. Ebenso sind in Tempo-30-Zonen Schilder mit einer Erinnerung an die Geschwindigkeitsbegrenzung nicht erlaubt. Das verringert zwar den Schilderwald, dient aber nicht der Sicherheit.

Eine deutliche Steigerung des Radverkehrs wird es nur geben, wenn von allen Einfallsstraßen aus jeder Punkt in der Stadt ohne Gefahr mit dem Rad erreichbar ist.

Gernot Linhart

"Wer schreit, verbraucht mehr CO₂"

So schrie Minister Lindner einen Klimaaktivisten an, der ihn bei einer Wahlkampfrede in Bayern mit Zwischenrufen störte. Lindner gehört wohl zu den Leuten, die so wenig von der CO₂-Problematik verstehen, dass sie zwischen Verbrauch (was fast nur Pflanzen können) und Erzeugung (was verringert werden muss) nicht unterscheiden können. Kein Wunder, dass es um die Klimapolitik dieser Regierung so schlecht steht.



Die DKP kandidiert zur Landtagswahl am 8.10.23



Henning Mächerle (55), Fachinformatiker, Landtagswahlkandidat der DKP Gießen, Aktivist in der antifaschistischen und Friedensbewegung.

Die DKP fordert:

- Die NSU-Akten der Geheimdienste müssen herausgegeben werden und durch ein unabhängiges Gremium - bspw. aus Gewerkschaften und Bürgerrechtsgruppen - untersucht werden.
- Die faschistischen Netzwerke in der hessischen Polizei müssen zerschlagen werden.
- Das hessische "Versammlungsfreiheitsgesetz" muss zurückgenommen werden.

Neue Bürgerbeteiligung – was bringt's?

Im Februar beschloss die Stadtverordnetenversammlung eine überarbeitete Fassung der Beteiligungssatzung, nachdem der Verwaltungsgerichtshof der ersten Version einen Riegel vorgeschoben hatte. Das Gericht hatte anscheinend Sorge, in Gießen könnte das Volk die Macht übernehmen.

2015 war die Stadtregierung gezwungen, ihr durch das Durchpeitschen der Landesgartenschau angeschlagenes Image aufzubessern. Heraus kam eine mit heißer Nadel gestrickte Satzung. Immerhin war das ein erster Versuch einer hessischen Kommune.

Die beschlossenen Regelungen enthalten eine Vorhabenliste der Stadt, die auf der Homepage

zeitig eingestellt werden soll, um Kommentare aus der Bevölkerung berücksichtigen zu können. Was als rechtzeitig gilt, wird nicht ausgeführt. Neu ist auch ein Petitionsrecht. Wenn 1% der GießenerInnen (etwa 800) unterschreiben, muss die Stadtverordnetenversammlung eine Entscheidung zur Sache fällen. Entscheidend bleibt also die Parlamentsmehrheit, in der der Fraktionszwang selten abweichende Abstimmungen zulässt.

Zukünftig können Anfragen aus der Bevölkerung nicht nur an Ausschüsse, sondern auch ans Stadtparlament gerichtet werden. Unter <https://t1p.de/buergerfragen> können Fragen online gestellt werden. Unberührt davon bleibt das hessische

Recht auf ein Bürgerbegehren, mit dem schon zweimal der Schwanenteich vor Kahlschlag gerettet wurde.

Für demokratische Kräfte ist die neue Satzung eine Gelegenheit, Informationen zu erfragen und Öffentlichkeit herzustellen, auch wenn die Antworten oft nichtssagend ausfallen.

Man darf sich aber nicht der Illusion hingeben, dass die Satzung Licht ins Rathaus-Gemauschel brächte. Verträge und Abmachungen mit Immobilienhaien, Verramschungsaktionen öffentlicher Gebäude und Grundstücke sind von der Beteiligung ausgeschlossen.

Mario Berger

UZ – UNSERE ZEIT SOZIALISTISCHE WOCHENZEITUNG

... erklärt, wie der Imperialismus funktioniert und hilft, Gegenwehr zu entwickeln.

... ist solidarisch mit den Geflüchteten und nennt die Fluchtverursacher beim Namen.

... beteiligt sich in antifaschistischer Tradition am Kampf gegen alte und neue Nazis.

... informiert über Diskussionen in den Gewerkschaften und in der linken Bewegung.



JETZT SECHS WOCHEN GRATIS PROBELESEN

Jetzt 6 Wochen gratis probelesen!

Das Abo ist gratis und endet automatisch.

Email: abo@unsere-zeit.de

Tel.: 0201 - 177889-23

Im Internet: <https://shop.unsere-zeit.de/uz-probeabo-6-wochen-gratis/>

Gewerkschaften in die Offensive

Am 6. Juli hatten DKP und SDAJ Gießen zu einer Podiumsdiskussion eingeladen. Im voll besetzten Versailles-Zimmer analysierten wir die Angriffe von Kapital und Kabinett auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse und diskutierten, wie die Gewerkschaften in die Offensive gelangen können.

Auf dem Podium beschrieb Gewerkschaftssekretär Ulf Immelt die Rahmenbedingungen, unter denen die Arbeitskämpfe aktuell stattfinden. Tim Laumann, Zusteller bei der Deutschen Post, Mitglied der DKP stellte dar, wie eine kämpferische Orientierung in den Betrieben aussehen könnte.

Laumann kritisierte das Kampfverhalten von Teilen der Gewerkschaftsspitzen: Tarifrunden würden abgebrochen, Schlichtungen akzeptiert, Argumente der Gegenseite übernommen – und so die Aufgabe der Aufklärung der Arbeiter über ihre Interessen im Widerspruch zu Kapital und Kabinett nicht erfüllt.

Ulf Immelt beschrieb die als Transformation bezeichneten Veränderungen in der Produktionsweise. Er skizzierte die Folgen für die Konzerne und das Entstehen neuer Schlüsselindustrien. Dadurch verändern sich die Zusammensetzung der Arbeiterklasse und das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit. Immelt ging auch auf die Umverteilung von unten nach oben im Windschatten von Krieg und Krise ein und darauf, welche Rolle die Krisenpolitik des Staates hierbei spielt. Abschließend berichtete er über positive Beispiele für Arbeitskämpfe in den Tarifrunden der Metall- und Elektroindustrie sowie im Öffent-



lichen Dienst, bei denen es gelungen sei, die Tarifaueinandersetzung mit politischen Forderungen und der Friedensfrage zu verknüpfen.

Laumann wies darauf hin, dass nur noch 10% der Betriebe über einen Betriebsrat verfügen. Am Beispiel der Aktion „Dienst nach Vorschrift“ arbeitete er jedoch heraus,

wie in der betrieblichen Auseinandersetzung Solidarität, Organisation und Klassenbewusstsein geschaffen werden könnten. Zudem entwickelte er Kriterien für eine kämpferische und autonome Gewerkschaftspolitik. Eine solche müsse die reale Spaltung der Arbeiterklasse ansatzweise überwinden.

In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, wie wichtig die Schulung der Arbeiter und ihrer betrieblichen Kader ist, um die immer neuen Angriffe des

Kapitals abwehren zu können. Hierbei hat die Gewerkschaftsbewegung Schwächen. Die Aufgabe der DKP, die Arbeiter für die Mitarbeit in und die Stärkung der Gewerkschaftsbewegung zu gewinnen, wurde mehrfach betont. Erst organisiert in Gewerkschaften können die Widersprüche aufgedeckt werden.

Wir müssen zusammen lernen, wieder zu kämpfen und ausnutzen, dass das Kapital in der Krise anfällig ist. „Gib keinen deinesgleichen auf!“, zitierte die Moderatorin der Veranstaltung Bertolt Brecht zum Abschluss und verdeutlichte damit die Haltung der Kommunisten zu ihren Kollegen und Nachbarn.

Martina Lennartz

Gebt keinen euresgleichen auf!

Wie immer sie euch mitspielen
Gebt keinen euresgleichen auf!
Der Bauer, der den steinigen Acker gepflügt hat
Mag euch misstrauen wie einem Viehhändler
Und euch aus seiner Tür jagen:
Der ein Pferd zu wenig hat
Hat Ohren euch zu hören.
Gebt keinen euresgleichen auf!
Der Arbeiter, der die Maschine geölt hat
Die ihm nicht gehört, mag euch verraten
Viermal, dann vertraue ihm das fünfte Mal!
Gebt keinen euresgleichen auf!
Der Soldat, dem der Sieg nichts nützt
Mag seine Oberen fürchten und euch
An das Rad des Geschützes binden, dennoch
Ist er euer Helfer an dem bestimmten Tag
Wo ihr ihm die Augen geöffnet habt:
Gebt keinen euresgleichen auf!
Ihrem Feind folgen sie, wenn sie blind sind
Aber euch folgen sie, wenn sie sehen.
Gebt keinen euresgleichen auf!

Bertolt Brecht

Gießener Echo

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; verantw.: Gernot Linhart, erscheint monatlich.

Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

Konto: IBAN: DE72 5135 0025 0200 5491 46

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

Rückmeldungen + Leserbriefe an: Gießener Echo, Postfach 110340, 35348 Gießen oder E-Mail: giessen@dkp.de

Internet: www.giessen.dkp.de

Bitte Abogebühren bezahlen!

Da die Druckkosten innerhalb eines Jahres um 28,3 % gestiegen sind, benötigen wir Spenden, um das Echo weiter in gleicher Qualität und Umfang herstellen zu können.

Frieden muss wieder das wichtigste Ziel werden

„Nichts ist wichtiger als der Frieden“ und „Lieber ein Jahr verhandeln als eine Stunde schießen“ – Wer über 45 Jahre alt ist, wird sich erinnern, dass diesen Grundsätzen einmal nur wenige Politiker zu widersprechen wagten. Die militärische und wirtschaftliche Stärke der sozialistischen Staaten zwang den kapitalistischen Block zu Abkommen für Rüstungskontrolle und Akzeptanz sogenannter Roter Linien. Mit Auflösung der Sowjetunion und dem Zerfall des von ihr geführten Staatenbundes war es damit zu Ende. Die von Kanzler Scholz 2022 proklamierte "Zeitenwende" fand bereits 1990 statt. Die NATO hätte sich eigentlich auflösen können. Den Gegner, gegen den sie sich angeblich verteidigen wollte, gab es nicht mehr. Ihr weiteres Bestehen wurde mit dem Versprechen begründet, sie würde sich zu einem politischen Bündnis wandeln. Eine militärische Ausdehnung nach Osten wurde ausgeschlossen.

Passiert ist etwas anderes. An einem „Gemeinsamen Haus Europa“,

von dem Gorbatschow träumte, waren vor allem die USA nicht interessiert. Die „Friedensdividende“, von der in Westeuropa gesprochen wurde, hätte das Kräfteverhältnis zu ihren Ungunsten verschoben. Ihr Einfluss auf westeuropäische Politiker konnte das verhindern. Das Feindbild UdSSR wurde durch das neue Feindbild Russland ersetzt. Krieg wurde wieder zu einem gebräuchlichen Mittel der Politik, in Europa wurde das am sozialistischen Bundesstaat Jugoslawien

vorexerziert. Dort wurden entgegen dem Völkerrecht selbst ernannte unabhängige Staaten anerkannt, Ethnien und Religionen wurden gegeneinander aufgehetzt und mit Waffengewalt verschob man Grenzen. Inzwischen gilt der Grundsatz „Lieber ein langer Krieg mit zehntausenden Toten als ein ernsthaftes Verhandlungsangebot“. Wer vom Frieden spricht, gilt als Verräter. Selbst vom deutschen Staat geförderte Friedensforschungsinstitute sind auf diese Linie eingeschwenkt. Sie sprechen sich für mehr Waffenlieferungen an die Ukraine und die Fortsetzung des dortigen Krieges aus, um die eigene Verhandlungsposition zu verbessern. Wie viel in dem Land noch zerstört wird, wie viele Menschenleben das noch kostet, spielt keine Rolle.

Am 1. September ist internationaler Antikriegstag – ein Tag für die Friedensbewegung, um weiter gegen den Kriegs- und Rüstungswahnsinn aktiv zu werden.

Gernot Linhart



Zudem fürchten Pistorius' Planer, dass Tarifierhöhungen im Öffentlichen Dienst den Spielraum für Investitionen in die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr schmälern.

DER SPIEGEL 7/2023



Kliniken – Reform oder Kahlschlag?

Erst vor einem Jahr konnte die Covid-Pandemie soweit eingedämmt werden, dass die Krankenhäuser nicht mehr überlastet sind. Tausende Operationen mussten in dieser Zeit verschoben oder abgesagt werden, weil es in den Kliniken an Betten und Personal mangelte. Wie viele Menschenleben, wie viele Lebensjahre und Lebensqualität das gekostet hat, wurde wahrscheinlich nie statistisch erfasst. Es ist kaum zu glauben, dass so kurz nach diesen Ereignissen Gesundheitspolitikern nichts Besseres einfällt als die Zahl der Kliniken und Krankbetten massiv zu verringern. Einige von ihnen behaupten sogar, die Pandemie hätte gezeigt, dass es eine Überversorgung gebe. Trotz der zusätzlichen Coronapatienten hätte die Krankenversorgung prima funktioniert.

Deswegen haben die Gesundheitsminister des Bundes und der Länder eine Reform beschlossen, die die Schließung von etwa einem

Drittel der bisherigen 1.800 Krankenhäuser bedeutet. Vor allem kleine Häuser in ländlichen Gegenden sind betroffen. Diese sollen teils zu Gesundheitszentren umgestaltet werden. Deren Ausstattung, Funktion und Finanzierung ist ungeklärt und bleibt den Bundesländern überlassen. Die verbliebenen Kliniken sollen dennoch nicht mehr kosten. Statt der bisherigen ausschließlichen Bezahlung nach Fallpauschalen sollen 60% des Budgets als Vorhaltepauschalen gezahlt werden. Diese orientiert sich ebenfalls an der Art und Zahl der behandelten Fälle. Es bleibt also dabei, dass es weiter profitabel ist, möglichst viele Fälle mit hohen Pauschalen schnell abzuwickeln. Es bleibt auch dabei, dass es Fälle gibt, an denen verdient wird – z. B. Herzoperationen, orthopädische Operationen, Tumorbehandlungen und andere Fälle, bei denen ein Defizit abzusehen ist, z. B. Geburten, Kinderkrankheiten, ältere Patienten

mit mehreren Krankheiten. Nichts ändern wird sich auch an mangelnden Investitionen der Bundesländer. Nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz müssten alle Investitionen, also Baumaßnahmen und größere Geräte, aus den Landeshaushalten bezahlt werden – was aber schon seit Jahren nicht ausreichend geschieht.

Zurzeit machen fast alle Krankenhäuser Defizite, einige stehen vor der Insolvenz. Für eine Soforthilfe wegen der Inflation und der gestiegenen Personalkosten will sich Bundesgesundheitsminister Lauterbach aber nicht einsetzen. Es ist also damit zu rechnen, dass in nächster Zeit mehr und mehr Kliniken wegen Zahlungsunfähigkeit schließen. Von einer planmäßigen, am Bedarf orientierten Krankenversorgung, kann in dem am Profit orientierten System keine Rede sein. Es wäre an der Zeit, an diesem System etwas Grundlegendes zu ändern.

Gernot Linhart

BRICS als mögliche Alternative zum westlichen Imperialismus

Die Abkürzung BRIC (Brasilien, Russland, Indien, China) wurde von Jim O'Neill (Chefvolkswirt von Goldman Sachs) erstmals Ende 2001 verwendet.

Seit 2011 ist auch Südafrika Mitglied des 2009 als "BRIC-Staaten" gegründeten Bündnisses (seither BRICS). Dieses repräsentiert 40% der Weltbevölkerung und 25% des Bruttoinlandsproduktes der Welt. Gerade auf Initiative von China und Russland verstand es sich auch immer mehr als politische und wirtschaftliche Alternative zum westlichen Imperialismus und seinen Institutionen. Die *New Development Bank* wurde als eine multilaterale Entwicklungsbank am 15.07.2014 von den BRICS-Staaten als eine Alternative zu den Institutionen Weltbank und IWF gegründet.

Vor dem Hintergrund des Ukrainekriegs und des Konflikts um Taiwan wird die Geschwindigkeit,

ein alternatives Bündnissystem zum Westen zu bilden, enorm erhöht.

Vor dem Gipfel 2023 in Südafrika haben 19 weitere Staaten ihr Interesse an einer Mitgliedschaft erklärt. 13 Staaten haben einen offiziellen Aufnahmeantrag gestellt.

Es wird vermutet, dass auf dem Gipfeltreffen am 22. August in Südafrika ein Plan für eine goldgedeckte gemeinsame Währung vorgestellt wird – was eine offene Kampfansage an die Dominanz des Dollars als „Weltgeld“ wäre. Im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine kommt dem Bündnis eine besondere Rolle zu. So bemerkte die Frankfurter Rundschau (2.6.23) „Russlands Außenminister (...) wirkte in der Gruppe der BRICS Außenminister A.d.A. nicht wie eine gemiedene Randfigur, sondern wie ein ganz normales Mitglied. Und so zeigt das Treffen einmal

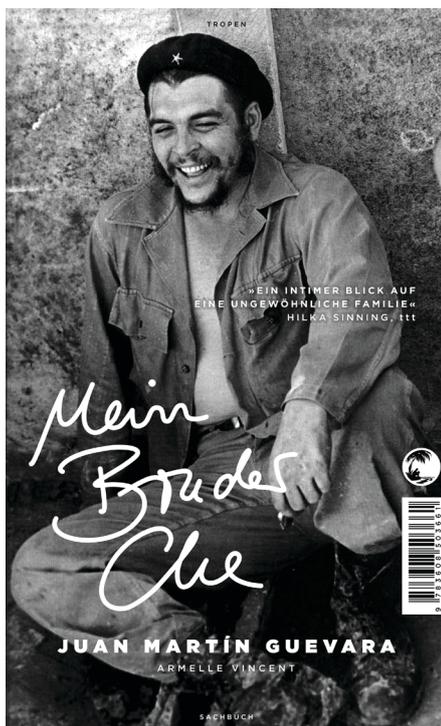
mehr, dass Russland im Globalen Süden keineswegs isoliert ist.“

Westliche Finanzexperten schlagen bezüglich der neuen Währung Alarm. Diese könnte gegenüber nicht goldgedeckten Währungen stark an Wert gewinnen. Alle Rohstoffe – auch Gold – würden deutlich teurer werden. Für die Länder des Südens existiert jetzt eine reale politische und wirtschaftliche Alternative zu den Erpressungsversuchen des Westens.

Henning Mächerle

Buchvorstellung: „Mein Bruder Che“

Ein 15-jähriger Argentinier namens Juan Martín Guevara reiste nach



Kuba, nachdem die Revolution siegte, die sein Bruder Che anführte. Juan Martín Guevara, der jüngste der fünf Guevara Geschwister, schwieg sein ganzes Leben lang über seinen berühmten Bruder.

Nach fünfzig Jahren erschien dann 2017 sein Buch „Mein Bruder Che“, in dem er dem „unerträglichen Mythos Che“ etwas entgegensetzen möchte. Die Menschen würden „nur eine völlig entstellte Ikone“ kennen. Viele, wahrscheinlich die meisten Menschen, haben nur eine vage Vorstellung von Che, verbinden irgendein Gefühl der Rebellion damit, können im besten Fall noch benennen, dass er für die Unterdrückten und Entrechteten gekämpft hat. Die riesige kapitalistische Vermarktungsmaschinerie war sich für nichts zu schade, um sein Gesicht auf Waren aller Art zu drucken. Vor allem nach dem Tod von Che ist sein Gesicht, das berühmte Konterfei, das meist gedruckte Bild der Welt.



Wie muss man sich als direkter Verwandter fühlen? Wie trauert man um einen Bruder, den die ganze Welt kennt – entweder vergöttert oder verteufelt?

Juan Martín schildert in seinem Buch den großen Schmerz, den die Familie durch die Ermordung von Che erlitten hat und wie sie versucht hat einen Umgang damit zu entwickeln. Die Eltern, aber auch die Geschwister alle auf ihre eigene Weise. Dabei immer konfrontiert mit der Weltöffentlichkeit.

Juan Martín war von seinem Bruder von Anfang an überzeugt, familiär, aber auch ideell war er sein Vorbild. Er selbst kämpfte in Argentinien gegen die Militärdiktatur, war in der Kommunistischen Partei organisiert und lange inhaftiert. Seine Verbindung zu Kuba hält bis heute an.

Laura Mulch



Termine

Fragen oder Anmeldungen an giessen@dkp.de

Mi. 30.8.:

Redaktionsschluss Sept.-Echo



Fr. 1.9.2023

ab 17 Uhr:

Antikriegstag - Kundgebung am Kirchenplatz

Sa. 2.9. ab 10:30 Uhr:

Kundgebung / Infostand der DKP GI am Kugelbrunnen

Mi. 6.9. um 19 Uhr:

Gruppenabend / MV DKP GI, Versailles-Zi., Kongresshalle

Sa. 9.9. ab 10:30 Uhr:

Kundgebung / Infostand der DKP GI am Kugelbrunnen



Sa. 9.9.

ab 15 Uhr:

Revolutionäres Sommerfest der DKP Gießen, Nähe von Buseck

Sa. 16.9. + 23.9. + 30.9.

jeweils ab 10:30 Uhr:

Kundgebung / Infostand der DKP GI am Kugelbrunnen

Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** beschloss die Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zur Gründung der Lahnstadt, also den Zusammenschluss von Gießen, Wetzlar und den dazwischen liegenden Gemeinden. Die CDU, die in den von ihr regierten Bundesländern ähnliche Zusammenschlüsse vollzog, stimmte dagegen. Die DKP lehnte die Lahnstadt entschieden ab, da solche Gebilde die kommunale Mitbestimmung schwächen. Sie begann die Kampagne „Gelle, Gießen bleibt“. Die Stadt mit dem Namen „Lahn“ wurde gegründet, aber nach wenigen Jahren wieder aufgelöst.

Vor **40 Jahren** beschlossen Bürger- und Friedensinitiativen gemeinsam mit dem DGB Lahn-Dill eine Großdemonstration gegen den Ausbau des Gießener US-Depots. Der Aufruf zur Demonstration am 3.9. wurde auch von den örtlichen Parteigliederungen von SPD, Die Grünen und FDP unterstützt. Er richtete sich gegen weitere Aufrüstung und dagegen, dass die US-Armee bauen durfte, wo und was sie wollte. Leider konnte der Ausbau nicht verhindert werden.

Vor **30 Jahren** wurde die Pflegeversicherung beschlossen. Sie war ein Etikettenschwindel. Die Versicherten mussten nach wie vor einen hohen Eigenanteil zu den Pflegekosten

leisten, der die durchschnittliche Rente weit überstieg. Zum Ausgleich des Beitragsanteils der Unternehmer wurde ein Feiertag (Buß- und Betttag) abgeschafft.

Vor **20 Jahren** wurde der Bau der *Galerie Neustädter Tor* beschlossen. Der damalige Bürgermeister und Oberbürgermeisterkandidat Haumann warb mit einem vom Investor Rosco gestalteten Prospekt für das Vorhaben. Die Galerie wurde gegen viele Widerstände gebaut. Wegen Fehlplanungen und Leerständen wechselten inzwischen mehrfach Besitzer und Management.

Vor **10 Jahren** war Gießen Thema im politischen TV-Magazin Report München. Grund: Das Kartellamt hatte festgestellt, dass die von den Stadtwerken erhobenen Wasserpreise viel zu hoch waren. In manchen anderen Städten wurden die Preise gesenkt und zu viel kassiertes Geld zurückgezahlt. In Gießen fand man eine andere Lösung: Das Wassergeschäft wurde formal aus den Stadtwerken ausgegliedert und die Mittelhessischen Wasserbetriebe wurden gegründet. Für solche kommunalen Gesellschaften ist das Kartellamt nicht zuständig, die Preise konnten hoch bleiben.

Gernot Linhart



Wir gratulieren, Genosse Axel Brück

ist 80

***29.7.1943**



Trotz Berufsverbot, trotz der historischen Niederlage 1989/90, trotz der ganzen Anstrengungen – trotz alledem hast du nie aufgehört gemeinsam mit deinen Genossinnen und Genossen zu kämpfen. Du warst in der internationalen Kommission der DKP, unser Kreisvorsitzender, lange im Kreisvorstand und im Bezirksvorstand.

Unermüdlich sind deine Einsätze für die nächsten Generationen bei den inzwischen legendären Führungen durch Buchenwald, Struthof und vielen weiteren Gedenkstätten. Über die unersetzliche Wissensvermittlung, sind wir dir sehr dankbar.

Wachsam verfolgst du nach wie vor aufmerksam die Politik in Gießen, bundesweit und international. Den politischen Austausch und die Diskussion mit dir schätzen wir sehr.

Wir gratulieren auch herzlich deiner lieben Frau Monika zu ihrem 80. Geburtstag. Wir wünschen euch von ganzem Herzen weiterhin Kraft, Gesundheit, Mut und viele wunderschöne Momente mit eurer Familie.

Deine Genossinnen und Genossen

DKP Gießen, DKP Hessen, SDAJ Gießen, ARAG, VVN Gießen

Wer den Reichen nichts nimmt, kann den Armen nichts geben.

Also Kommunisten wählen!
DKP

bei der Landtagswahl am 8. Oktober 2023